

## Fragen

für die Fragestunde der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 24. März 2010

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	45, 46	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	7, 8
Becker, Dirk (SPD) .....	25, 26	Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	67, 70
Behrens, Herbert (DIE LINKE.) .....	21, 22	Kaczmarek, Oliver (SPD) .....	31, 32
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.) .....	23, 24	Kelber, Ulrich (SPD) .....	33, 34
Bollmann, Gerd (SPD) .....	27, 28	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	44
Bülow, Marco (SPD) .....	29, 30	Koch, Harald (DIE LINKE.) .....	74, 75
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.) .....	3, 4	Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 87
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	78, 88	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	37, 38
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) .....	66, 71	Kramme, Anette (SPD) .....	97
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	73, 115	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	42, 43
Dreibus, Werner (DIE LINKE.) .....	104, 105	Kumpf, Ute (SPD) .....	112
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.) ....	51, 52	Lange, Christian (Backnang) (SPD) .....	81, 82
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	41, 92	Leidig, Sabine (DIE LINKE.) .....	19, 20
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) .....	61, 62	Lischka, Burkhard (SPD) .....	108, 109
Groth, Annette (DIE LINKE.) .....	63, 64	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) .....	83, 94
Dr. Hendricks, Barbara (SPD) .....	76, 77	Lutze, Thomas (DIE LINKE.) .....	15, 16
Hermann, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	54, 55	Malczak, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48
Dr. Högl, Eva (SPD) .....	98, 99	Marks, Caren (SPD) .....	113, 114
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	14, 93	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.) .....	10, 11
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.) .....	84, 85	Dr. Miersch, Matthias (SPD) .....	35, 36
		Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	56
		Movassat, Niema (DIE LINKE.) .....	59, 60
		Dr. Mützenich, Rolf (SPD) .....	57, 58

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40	Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	89, 111
Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	53, 91	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD) .....	100, 101
Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	9, 86	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) .....	68, 69
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	95, 96	Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.) .....	5, 6
Remmers, Ingrid (DIE LINKE.) .....	17, 18	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	90, 110
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	65, 79	Stüber, Sabine (DIE LINKE.) .....	12, 13
Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	72	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.) ...	106, 107
Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	80	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) .....	1, 2
		Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	49, 50
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.) .....	102, 103

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	27
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	28
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	29



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

1. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Auswirkungen der Honorarreform, die seit 1. Januar 2009 in Kraft ist, auf die Vergütung niedergelassener Kassenärztinnen und -ärzte in den einzelnen Bundesländern, und welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Verunsicherung vieler Ärztinnen und Ärzte insbesondere – aber nicht nur – in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu beheben?
  
2. Abgeordnete  
**Kathrin Vogler**  
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, die immerhin durch den Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit Stefan Kapferer im Vorstand des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) vertreten ist, hinsichtlich der Kosten für die Überprüfung des Institutsleiters Prof. Dr. Peter Sawicki, und stimmt der Bericht in „DER SPIEGEL“ vom 14. März 2010 insoweit, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO den Auftrag zur Überprüfung im Wert von 20 000 Euro ohne Ausschreibung erhalten hatte, obwohl die Verfahrensordnung des Instituts ab 12 500 Euro eine Ausschreibung vorsieht?
  
3. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung definitiv dementieren, dass im Bundesministerium für Gesundheit mit dem Wissen des Bundesministers Dr. Philipp Rösler oder der Staatssekretäre Pläne für eine Gesundheitsprämie von 29 Euro erarbeitet wurden, und welche Höhe soll die vom Bundesminister Dr. Philipp Rösler im Deutschlandfunk am 18. März 2010 erwähnte Teilprämie haben?
  
4. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)

Unter welchen Voraussetzungen würde die Einführung einer vollen Kopfpauschale nicht zu einer Erhöhung der Nettogehälter bei den höheren und hohen Einkommensbezieher in der gesetzlichen Krankenversicherung führen, und welche konkreten Überlegungen gibt es seitens der Bundesregierung, einer finanziellen Entlastung der höheren und hohen Einkommensbezieher durch eine Kopfpauschale entgegenzuwirken?

5. Abgeordnete  
**Kathrin  
Senger-Schäfer**  
(DIE LINKE.)
- Unter welchen Annahmen trifft die Einschätzung des Bundesversicherungsamtes zu, dass es in der gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr eine Finanzlücke von etwa 6,4 Mrd. Euro geben wird bzw. das Defizit sogar auf 15 Mrd. Euro ansteigen könnte?
6. Abgeordnete  
**Kathrin  
Senger-Schäfer**  
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass sich die „Regierungskommission zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens“ – wie von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit Annette Widmann-Mauz auf dem DAK-Pflegetag am 18. März 2010 angekündigt – auch mit Fragen der zukünftigen Ausgestaltung der sozialen Pflegeversicherung befasst, und wenn ja, welchen inhaltlichen Umfang hat diese weiterreichende thematische Ausrichtung der Kommission?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

7. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass gemäß der Anfang Februar 2010 veröffentlichten Ausschreibung „Begleitung/Beratung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) bei der Vergabe von vier ÖPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau“ das im Rahmen dieses Verfahrens ausgewählte Beratungsunternehmen (bzw. einzelne Mitglieder eines Beratungskonsortiums) bei anderen als den vom ausgeschriebenen Auftrag abgedeckten Projekten auch für Unternehmen (ggf. als Mitglieder von Konsortien) arbeiten darf, welche als Bieter (ggf. in Konsortien) bei den A-Modell-Projekten beteiligt sind?
8. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es insofern zu, dass ein im Rahmen dieses Ausschreibungsverfahrens ausgewähltes Beratungsunternehmen beispielsweise bei kommunalen PPP-Projekten ein Bauunternehmen beraten darf, welches als Bieter (ggf. im Rahmen eines Konsortiums) an den Ausschreibungsverfahren für die A-Modell-Projekte teilnimmt?



9. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen Aufträgen der Bundesregierung, nachgeordneter Behörden oder der von ihr beherrschten Unternehmen an die Bilfinger Berger AG seit dem Jahr 2000 sind der Bundesregierung Verdachtsfälle von Materialunterschlagungen, Manipulationen an der Bauausführung, überhöhten Abrechnungen oder korruptiven Praktiken bekannt geworden (ähnlich wie aktuell beim Bau der S-Bahn in Köln und Düsseldorf sowie der ICE-Trasse Nürnberg–München; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23. Februar 2010; DIE WELT vom 24. Februar 2010)?
10. Abgeordnete  
**Dorothee Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Welche deutschen Häfen sind im Einzelnen für die Abwicklung von Transporten plutoniumhaltiger Mischoxid-Brennelemente bzw. von Uran-Brennelementen ausgelegt?
11. Abgeordnete  
**Dorothee Menzner**  
(DIE LINKE.)
- Welche Unterschiede in Auflagen und Sicherheitsbestimmungen gibt es bei der Widmung eines deutschen Hafens für die Abwicklung eines Transports von Mischoxid-Brennelementen gegenüber der Widmung eines Hafens für Transporte von Uran-Brennelementen?
12. Abgeordnete  
**Sabine Stüber**  
(DIE LINKE.)
- Welche Auflagen bezüglich des Durchlaufens einer Kalthantierung im Rahmen von Transporten von Mischoxid-Brennelementen bzw. Uran-Brennelementen gibt es für die einzelnen deutschen Häfen?
13. Abgeordnete  
**Sabine Stüber**  
(DIE LINKE.)
- Welche deutschen Häfen haben bereits eine Kalthantierung mit Mischoxid- bzw. Uran-Brennelementen durchlaufen?
14. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei neu zugelassenen Autos in diesem Jahr entwickelt?
15. Abgeordneter  
**Thomas Lutze**  
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung für das Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG (DB AG), den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Klaus-Dieter Scheurle,

- Interessenkonflikte bezüglich seiner bis 2008 ausgeübten Tätigkeit als Managing Director bei der Großbank Credit Suisse, wo er 2007 die Aufgabe hatte, diese Bank an der Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG zu beteiligen, ausschließen?
16. Abgeordneter  
**Thomas Lutze**  
(DIE LINKE.)
- Worin besteht im Fall des Dr. Heinrich Weiss die Qualifikation, im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG das öffentliche Interesse zu vertreten, und besteht nicht vielmehr ein Interessenkonflikt zu seinen Tätigkeiten als Geschäftsführer des Maschinenbauers SMS, ein Unternehmen, das Großkunde der DB-Tochter Schenker ist, und als Mitglied im Verwaltungsrat des Bahnherstellers Bombardier Transportation?
17. Abgeordnete  
**Ingrid Remmers**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Frauen waren bislang Aufsichtsräte der Kapitaleseite seit Gründung der Deutschen Bahn AG Anfang 1994, und hat die Bundesregierung für den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG die Möglichkeit einer Frauenquote in Erwägung gezogen, wie sie jüngst in Frankreich allgemein für Verwaltungsräte und jüngst im Fall des Telekom-Aufsichtsrates beschlossen wurde, oder besteht zumindest ein Frauenförderplan?
18. Abgeordnete  
**Ingrid Remmers**  
(DIE LINKE.)
- Aufgrund welcher Erfahrungen hat die Bundesregierung Prof. Dr. Dr. h. c. Utz-Hellmuth Felchts Qualifikation für die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden für ausreichend, wenn dieser zwei Wochen vor seiner ins Auge gefassten Wahl zum Aufsichtsratsvorsitzenden bekannt gibt, sich im Besitz einer Modelleisenbahn zu befinden, selbst „kein Bahnfachmann“ zu sein und zur aktuell maßgeblichen Frage der möglichen Trennung von Netz und Betrieb „einfach noch keine Linie“ zu haben (Zitate FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND und Handelsblatt jeweils vom 11. März 2010)?
19. Abgeordnete  
**Sabine Leidig**  
(DIE LINKE.)
- Wie kann die Bundesregierung glaubhaft vermitteln, dass Prof. Dr. Dr. h. c. Utz-Hellmuth Felcht als Aufsichtsratsvorsitzender der DB AG das öffentliche Interesse vertritt und nicht in Interessenkonflikte gerät mit seiner Funktion als Managing Director der Investmentgesellschaft One Equity Partners (OEP), die die Unternehmen Travelport, Travel Acquisition Group und Carlson Wagonlit Travel kontrolliert, die maßgeblichen Einfluss im weltweiten Manage-



ment von Geschäftsreisen haben, oder mit seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Süd-Chemie, einem Unternehmen mit großem Schienengüterverkehrsaufkommen?

20. Abgeordnete  
**Sabine Leidig**  
(DIE LINKE.)
- Warum besetzt die Bundesregierung weiterhin sechs von zehn dem Eigentümer zustehenden Sitzen des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG mit Vertretern aus der Wirtschaft, bei denen eigene wirtschaftliche Interessen dem öffentlichen Auftrag zuwiderlaufen könnten, und warum werden weder unabhängige Eisenbahnexperten noch Vertreter von Fahrgast-, Umwelt- und Sozialverbänden benannt, um das öffentlichen Interesse zu wahren?
21. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Warum ist Dr. Jürgen Großmann für den Bund im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG, und besteht nicht vielmehr ein Interessenkonflikt mit seiner Funktion als Alleineigentümer der Georgsmarienhütte, zu der mindestens fünf Unternehmen zählen, die Zulieferer oder Dienstleister für die Deutsche Bahn AG sind, zu denen auch zwei Hersteller respektive Lieferanten von Rädern und Radsatzwellen gehören (Bochumer Verein Verkehrstechnik GmbH und Radsatzfabrik Ilsenburg GmbH)?
22. Abgeordneter  
**Herbert Behrens**  
(DIE LINKE.)
- Wie kann die Bundesregierung, die sich zu einer nachhaltigen Energieerzeugung verpflichtet hat und die den Ausstieg aus der Atomenergie gesetzlich vereinbart hat, glaubhaft vermitteln, dass Dr. Jürgen Großmann als Bahnaufsichtsrat nicht in Interessenkonflikte mit seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender des RWE-Stromkonzerns kommt, dessen Strommix vor allem auf Atom und Kohle basiert, wie leider auch der der Deutschen Bahn AG?
23. Abgeordnete  
**Heidrun Bluhm**  
(DIE LINKE.)
- In welchem Vertragsverhältnis mit der Deutschen Bahn AG befindet sich der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG Hartmut Mehdorn (bitte auch derzeitige Bezüge angeben), und würde er auch noch in der Zukunft Bonuszahlungen erhalten, wenn es zu einer Teilprivatisierung der DB AG bzw. einer Subholding käme?

24. Abgeordnete  
**Heidrun  
Bluhm**  
(DIE LINKE.)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Bezüge der 20 Aufsichtsräte – je zehn der Kapital- und zehn der Arbeitnehmerseite – der Deutschen Bahn AG ausweislich der Geschäftsberichte 2004, 2005 und 2008 im Jahr 2004 noch 281 000 Euro betragen, im Jahr 2005 bei 303 000 Euro, 2007 bei 873 000 Euro und 2008 bei 1 003 000 Euro angelangt sind, und ist es richtig, dass diese Verdreifachung der Aufsichtsratsbezüge damit begründet wurde, sie geschehe im Vorgriff auf eine Bahnprivatisierung, vor dem Hintergrund, dass die Bahnprivatisierung im Sommer 2008 abgesagt wurde und auch die gegenwärtige Bundesregierung erklärt, eine Bahnprivatisierung sei „nicht aktuell“?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

25. Abgeordneter  
**Dirk  
Becker**  
(SPD)
- Welchen rechtlichen Stellenwert misst die Bundesregierung dem Atomkonsens jeweils vor und nach der Novelle zum Atomgesetz im Jahr 2001 zu, und welche Rechtsfolgen ergeben sich daraus jeweils für beide Seiten?
26. Abgeordneter  
**Dirk  
Becker**  
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass ein neuer Konsens über die Laufzeit von Atomkraftwerken eine förmliche Aufhebung des Atomkonsenses aus dem Jahr 2000 verlangt?
27. Abgeordneter  
**Gerd  
Bollmann**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung einen Kabinettsbeschluss über die Aufhebung der Konsensvereinbarung aus dem Jahr 2000 herbeiführen, und auf welcher Grundlage kann dies geschehen, da die Bundesregierung sich in dieser Vereinbarung verpflichtet hat, sie dauerhaft umzusetzen, inzwischen ins Amt eingetretene Kabinettsmitglieder also in rechtliche Pflichten eingetreten sind, die ihre Amtsvorgänger eingegangen sind?
28. Abgeordneter  
**Gerd  
Bollmann**  
(SPD)
- Wie unterscheiden sich die Rechtspflichten aus der Vereinbarung zum Atomkonsens von solchen Rechtspflichten, die die Bundesregierung oder ein ihr zugehöriges Ressort mit einer dritten Rechtsperson eingeht?

29. Abgeordneter  
**Marco Bülow**  
(SPD)
- Bestätigt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Konzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe im Fall der Atomkonsensvereinbarung durch entsprechende Willensbekundungen leitender Unternehmensvertreter seit dem Jahr 2000 vertragsbrüchig geworden sind, und wenn nein, warum nicht?
30. Abgeordneter  
**Marco Bülow**  
(SPD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung die rechtliche Möglichkeit, Vereinbarungen zu treffen mit Akteuren, von denen ihr bekannt ist, dass sie durch öffentliche Willensbekundungen gegenüber der Bundesregierung vertragsbrüchig geworden sind, während die Bundesregierung zum gleichen Zeitpunkt den Vertrag eingehalten hat?
31. Abgeordneter  
**Oliver Kaczmarek**  
(SPD)
- In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, mit den Unternehmen einen neuen Konsens über die Laufzeiten von Atomkraftwerken verbindlich zu vereinbaren, die durch ihren öffentlichen Einsatz gegen den gültigen Atomkonsens ihrer Verpflichtung zur dauerhaften Umsetzung der gültigen Vereinbarung nicht nachgekommen sind, und, sofern eine förmliche Neufassung des bestehenden Konsenses nicht vorgesehen ist, welche alternativen formalisierten Verfahren sind vorgesehen.
32. Abgeordneter  
**Oliver Kaczmarek**  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass Akteure im Strommarkt im Vertrauen auf die dauerhafte Umsetzung des Atomkonsenses Investitionen getätigt haben oder tätigen wollen, und entwickelt die veränderte Haltung der Bundesregierung zum Atomkonsens ggf. Regressansprüche solcher Akteure?
33. Abgeordneter  
**Ulrich Kelber**  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung das „Prinzip der Vertragstreue“ beim Atomkonsens im Hinblick auf getätigte bzw. beabsichtigte Investitionen durch Akteure im Strommarkt?
34. Abgeordneter  
**Ulrich Kelber**  
(SPD)
- Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, dass der juristische Stellenwert von Kabinettsentscheidungen bzw. Vereinbarungen der Bundesregierung mit Folgewirkungen für Dritte nicht darunter leidet,

dass die Inhalte der Vereinbarung aus dem Jahr 2000 trotz bereits eingetretener Folgewirkungen für Dritte geändert werden sollen?

35. Abgeordneter  
**Dr. Matthias Miersch**  
(SPD)
- Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, dass der politische Stellenwert von künftigen Kabinettsentscheidungen bzw. Vereinbarungen der Bundesregierung analog zu der über den Atomkonsens mit Folgewirkungen für Dritte nicht darunter leidet, dass die Inhalte der Vereinbarung zum Atomkonsens aus dem Jahr 2000 trotz bereits eingetretener Folgewirkungen für Dritte geändert werden sollen?
36. Abgeordneter  
**Dr. Matthias Miersch**  
(SPD)
- Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, dass der ökonomische Stellenwert von künftigen Kabinettsentscheidungen bzw. Vereinbarungen der Bundesregierung analog zu der über den Atomkonsens mit Folgewirkungen für Dritte nicht darunter leidet, dass die Inhalte der Vereinbarung zum Atomkonsens aus dem Jahr 2000 trotz bereits eingetretener Folgewirkungen für Dritte geändert werden sollen?
37. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Personen nahmen an dem Ressortgespräch zur Schachanlage Asse II teil, das am 10. Oktober 1995 von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) auf Leitungsebene stattfand (bitte alle Teilnehmer und Gesprächsort angeben), und insbesondere wer waren jeweils die ranghöchsten Teilnehmer seitens des BMBF, des BMU und gegebenenfalls auch seitens des Bundeskanzleramtes?
38. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche wesentlichen Entscheidungen wurden bei dem BMBF-BMU-Ressortgespräch zur Schachanlage Asse II am 10. Oktober 1995 getroffen, und welche konkreten Asse-spezifischen Gegebenheiten wie beispielsweise Laugenzuflüsse wurden dabei laut Aktenlage berücksichtigt?
39. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung der Auffassung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen zu, dass bis 2050 annähernd eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien angestrebt werden soll, und wenn ja, werden die Annahmen zum Ausbau der erneuerba-



ren Energien z. B. in den Leitszenarien des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für 2020 nach oben angepasst?

40. Abgeordnete  
**Ingrid Nestle**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 29./30. Oktober 2009, die Treibhausgasemissionen für die EU bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren – d. h., da ein Einwohner Deutschlands im Vergleich mit Einwohnern anderer EU-Mitgliedstaaten etwa im oberen Drittel der Treibhausgasemissionen liegt, müsste Deutschland seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 90 Prozent unter das Niveau von 1990 senken –, der Aussage zu, dass sowohl die bisherigen Erneuerbaren-Ziele der Bundesregierung als auch die Entwicklung der erneuerbaren Energien in bislang von der Bundesregierung vorgelegten Szenarien zum Ausbau der erneuerbaren Energien mittel- und langfristig nicht ausreichen, um die o. g. Klimaziele zu erreichen?
41. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Anteil der zusätzlichen Forschungsausgaben für erneuerbare Energien an dem gesamten Aufwuchs der Forschungsausgaben im Bundeshaushalt 2010, und wie hoch sind die im Einzelplan 16 vorgesehenen Forschungsausgaben für die Photovoltaik (Summe aus Investitionen und Zuschüssen) im Vergleich zum Haushaltsjahr 2009?
42. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anträge auf Förderung nach dem Marktanzreizprogramm (bitte genaues Fördervolumen angeben) liegen derzeit beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vor (bitte aufschlüsseln nach dem Restkontingent aus 2009 und den neuen Anträgen seit Jahresbeginn 2010), und wann wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Aufhebung der gerade beschlossenen Haushaltssperre für das MAP beantragen müssen, um eine vorzeitige Erschöpfung der Mittel mit dem damit verbundenen Markteinbruch für regenerative Heizungssysteme zu vermeiden?

43. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die wachsende Planungsunsicherheit in der KWK-Branche (KWK = Kraft-Wärme-Kopplung) aufgrund der Haushaltssperre im Marktanzreizprogramm und mit den dadurch damit zu rechnenden Kürzungsplänen des erfolgreichen Impulsprogramms zur Förderung von Mini-KWK-Anlagen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

44. Abgeordneter  
**Memet  
Kilic**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was wird die Bundesregierung konkret gegen die Ungleichverteilung von Bildungschancen und -möglichkeiten bei Kindern mit Migrationshintergrund unternehmen?

#### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

45. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welche Delegationen und aus welchen Gründen wurde der Unternehmer Dr. Cornelius Boersch, mit dem Dr. Guido Westerwelle im Jahr 2009 das Buch „Summa summarum von Politik und Wirtschaft“ herausgegeben hat, bei Reisen des Bundesministers des Auswärtigen seit dessen Amtsantritt eingeladen?
46. Abgeordneter  
**Volker  
Beck**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wer hat Dr. Cornelius Boersch für diese Delegation vorgeschlagen, und wie wurde dieser Vorschlag jeweils begründet?
47. Abgeordnete  
**Ute  
Koczy**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchem Zusammenhang steht dabei\*) die Teilnahme des Geschäftsführers des Kernenergieunternehmens Areva NP, Ulrich Gräber, an der Delegation des Bundesministers des Auswärtigen bei dessen Lateinamerikareise im März 2010?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 87.



48. Abgeordnete  
**Agnes Malczak**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde die Künstlerin und Bonner FDP-Mitglied, Nutren Schlinkert, in die Delegation des Bundesministers des Auswärtigen bei seiner Reise in die Türkei im Januar 2010 eingeladen, und wer hat sie für die Teilnahme vorgeschlagen (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 12. März 2010)?
49. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurde der Geschäftsführer Ralf Marohn der Firma Far Eastern Fernost Beratungs- und Handels GmbH, an der auch der Bruder des Bundesministers des Auswärtigen Anteilseigner ist, in dessen Delegation nach Japan und China im Januar 2010 eingeladen, und wer hat ihn für diese Delegation vorgeschlagen?
50. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat das Auswärtige Amt eine Pressemitteilung mit dem Briefkopf der Far Eastern Fernost Beratungs- und Handels GmbH veröffentlicht, in der der Geschäftsführer des Unternehmens auf seine Teilnahme an einer Asienreise des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck verwies?
51. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Usancen und Regeln der Bundesregierung, auf die sich die Vize-Regierungssprecherin am 12. März 2010 namens der Bundeskanzlerin berief (vgl. u. a. Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2010), hat der Bundesminister des Auswärtigen bei der Auswahl von Unternehmern, die ihn bei seinen Auslandsreisen begleiten, zu beachten?
52. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf erkennt die Bundesregierung angesichts der öffentlichen Debatten um die Mitnahme von Unternehmern und anderen Gästen auf Auslandsreisen des Bundesministers des Auswärtigen, um die Richtlinien, Usancen und Regeln, nach denen diese Mitreisenden ausgewählt werden, so anzupassen, dass selbst der Anschein einer demokratieschädigenden Interessenkollision vermieden wird?

53. Abgeordneter  
**Dr. Hermann Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Teilnehmer vertraten bei den Veranstaltungen in der Villa Borsig in Berlin direkt oder indirekt Unternehmen, bei denen der jetzige Leiter der Arbeitseinheit 06 im Auswärtigen Amt, Jörg Arntz, beschäftigt war?
54. Abgeordneter  
**Winfried Hermann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, zu „Berliner Abenden“ in der Villa Borsig den Showmaster Thomas Gottschalk, den Fußballtrainer Felix Magath, den Berlinale-Chef Dieter Kosslick, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom AG René Obermann und die TV-Moderatorin Sabine Christiansen eingeladen hat, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ vom 4. März 2010 berichtet hat, und welche Rolle spielen diese Persönlichkeiten in der Außenpolitik des Bundesministers?
55. Abgeordneter  
**Winfried Hermann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundeskanzlerin die Zusammensetzung der Delegation, die Bundesminister Dr. Guido Westerwelle bei seiner Lateinamerikareise im März 2010 begleitete?
56. Abgeordneter  
**Jerzy Montag**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde in das Auswärtige Amt ein dritter beamteter Staatssekretär berufen, obwohl der jetzige Bundesminister des Auswärtigen und ehemalige Oppositionsführer auf der Grundlage des „Liberalen Sparbuchs“ seiner Partei vor der letzten Bundestagswahl in jedem Bundesministerium die Streichung eines Staatssekretärspostens verlangt hatte?
57. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Mützenich**  
(SPD)
- Welche Gründe hat die Bundesregierung, von der bisherigen Praxis einer Verlängerung des UNIFIL-Mandats um zwölf Monate abzuweichen und gegenüber dem von der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gesetzten Zeithorizont eine kürzere Frist für die deutsche Beteiligung festzusetzen?
58. Abgeordneter  
**Dr. Rolf Mützenich**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die bisher erreichten Erfolge des Engagements der internationalen Gemeinschaft für hinreichend und selbsttragend, um eine unilaterale Reduzierung der UNIFIL politisch vertreten zu können, obwohl sie in ihrem Antrag vom 18. November 2009 ausdrücklich darauf hinweist,

dass das Risiko eines erneuten bewaffneten Konflikts, nicht zuletzt angesichts innenpolitischer Spannungen im Libanon und ungelöster regionaler Konflikte, mit Israel fortbesteht?

59. Abgeordneter  
**Niema**  
**Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass es bei einem ressortübergreifenden Treffen einen internen Entscheid von Auswärtigem Amt, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium für Bildung und Forschung am 24. Februar 2010 gab, das Thema der Kandidatur Deutschlands für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR-Kandidatur) zukünftig in allen Regierungsverhandlungen mit Empfängerländern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aktiv anzusprechen und beispielsweise in einem direkten Zusammenhang mit der Gewährleistung von Mitteln für Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels für süd pazifische Inselstaaten und anderen Maßnahmen zum Thema erneuerbare Energien für eine Reihe von Karibikstaaten zu diskutieren?
60. Abgeordneter  
**Niema**  
**Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Was gedenkt die Bundesregierung bezüglich des Verdachtes, dass es bei dem seit Mittwoch dem 10. März 2010 herrschenden Streik der Mitarbeiter von Subunternehmen des ThyssenKrupp-Werkes in Sepetiba (TK-CSA), Rio de Janeiro, Brasilien, aufgrund eines von TK-CSA beauftragten Polizeieinsatzes zu mindestens einem Todesfall unter den Streikenden und zu Verletzungen aufgrund von Schlägen kam, zu unternehmen, um den extraterritorialen Staatenpflichten Deutschlands nachzukommen?
61. Abgeordneter  
**Wolfgang**  
**Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung der Aufforderung des Europäischen Parlaments (Entschließung vom 10. März 2010 zur Umsetzung der Goldstone-Empfehlungen zu Israel-Palästina – P7\_TA-PROV(2010)0054), den Goldstone-Bericht „sorgfältig zu prüfen“, nachkommen?
62. Abgeordneter  
**Wolfgang**  
**Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung den Goldstone-Bericht dem Deutschen Bundestag als offizielles Dokument der Vereinten Nationen zur parlamentarischen Behandlung weiterleiten?

63. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Empfehlung des Goldstone-Berichtes an den Welt-sicherheitsrat, ein unabhängiges Expertengremium einzuberufen, um die israelischen und palästinensi-schen Untersuchungen zu kontrollieren?
64. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung den Aufforderungen der Resolution des Europäischen Parlaments vom 10. März 2010 nachkommen, in dem die Mitglied-staaten der Europäischen Union aufgefordert wer-den, sich für die Umsetzung der Empfehlungen des Goldsone-Berichtes einzusetzen?
65. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Gespräche führte die Bundesregierung mit der britischen und der niederländischen Regierung bezüglich der politischen Einigung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Island im Vorfeld des Europäischen Rates am 25. und 26. März 2010, und inwiefern beeinflusst der Konflikt der isländischen Regierung mit der bri-tischen und der niederländischen Regierung über das Kreditabkommen Icesave auch die Positionie-rung der Bundesregierung hinsichtlich der Entschei-dung über die baldige Aufnahme von Beitrittsver-handlungen mit Island?
66. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung angesichts der jüngsten und äußerst brutal geführten Gefechte in der somali-schen Hauptstadt Mogadischu, bei denen allen Sei-ten schwere Menschenrechtsverletzungen vorgewor-fen wurden, zahlreiche Zivilistinnen und Zivilisten umkamen und vertrieben wurden und die so ge-nannten somalischen Sicherheitskräfte, unterstützt durch US-Aufklärungsmittel, Seite an Seite mit der Sufi-Rebellengruppe Ahlu Sunna Waljamaca (ASWJ) gegen Anhänger der Al-Shabaab kämpften, die weite Teile der Stadt und des Landes kontrollie-ren, anerkennen, dass in Somalia nach wie vor ein Bürgerkrieg herrscht und sich eine einseitige Unter-stützung einer oder mehrerer Konfliktparteien durch die USA, Frankreich und die EU ebenso ver-bietet wie diejenige Äthiopiens und Eritreas, das deshalb mit Sanktionen belegt wurde, und wird sich die Bundesregierung deshalb dafür einsetzen, dass die Vorbereitungen für die EU-Trainingsmissionen in Somalia und Uganda, mit denen Angehörige einer Konfliktpartei militärisch geschult werden sol-len, unverzüglich eingestellt und das Mandat been-det wird?



67. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung ihren Beitrag zur Ausbildung afghanischer Polizistinnen und Polizisten vor dem Hintergrund der Feststellung des Director of National Intelligence der USA, Dennis Blair, im aktuellen Annual Threat Assessment vom 2. Februar 2010, die afghanische Polizei würde von der dortigen Bevölkerung als gefährlicher wahrgenommen als die Taliban?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

68. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Maßnahmen unterstützt der Bund die Vorbereitung und Durchführung der Special Olympics National Games im Juni 2010 in Bremen sowie die Special Olympics National Winter Games im Februar/März 2011 in Altenberg/Sachsen (bitte einzeln, auch mit dem jeweiligen finanziellen Betrag, nennen)?
69. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele aktive Leistungssportlerinnen und -sportler sind bei obersten Bundesbehörden (mit Stand 31. Dezember 2009) beschäftigt bzw. in einem Ausbildungsverhältnis (bitte differenziert nach männlich/weiblich sowie behindert/nichtbehindert nennen)?
70. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, welche Fluggesellschaften in Deutschland jeweils welche Datenkategorien im Rahmen des Abkommens über Passagiernamensregister (PNR-Abkommen) mit den USA an das US-amerikanische Heimatschutzministerium übermittelt werden, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, an welche Behörden in den USA oder in Drittstaaten diese Daten weitergegeben werden?
71. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Rechtsextremismus und Rassismus, die laut „Sächsische Zeitung“ vom 4. März 2010 seit Oktober 1990 in Deutschland 149 Menschen das Leben kosteten ([www.sz-online.de](http://www.sz-online.de)), die Hauptgefahr für jedwede Demokratie sind, und steht nach Auffassung der Bundesregierung die Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechts-Extremismus und Rassismus wie im Rahmen der

Proteste gegen den geplanten Aufmarsch von NPD und PRO NRW Ende März 2010 in Duisburg, in Form der Ermittlungen gegen Aktivisten des Bündnisses „Duisburg stellt sich quer“ und „Marxloh stellt sich quer!“ wegen Aufrufen zur zivilgesellschaftlichen Gegenwehr wie friedlichen Blockaden nicht im Widerspruch zur von allen demokratischen Parteien geforderten Zivilcourage der Bürger gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

72. Abgeordnete  
**Christine Scheel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Abschaffung der Bilanzierungspflicht für kleine Unternehmen im EU-Ministerrat zeitnah auf die Tagesordnung zu setzen, um eine Verabschiedung zu ermöglichen, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu unternehmen, falls die Verabschiedung der Initiative auf EU-Ebene scheitert oder langfristig verschoben wird, um kleine Unternehmen von der Bilanzierungspflicht zu entlasten, damit diese Bürokratiekosten einsparen können?
73. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, dass sich die Bundesregierung auf Eckpunkte einer Reform des Sorgerechts bei unverheirateten Eltern – kein automatisches gemeinsames Sorgerecht ab Geburt, auf Antrag durch den Vater und Ablehnung nur bei Vorlage von Beweisen gegen den Vater (beispielsweise Gewalt oder Drogensucht) – geeinigt hat, wie dies im „FOCUS“ vom 15. März 2010 berichtet wird, und wenn ja, auf welche Eckpunkte hat sich die Bundesregierung verständigt?\*)

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 115.



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

74. Abgeordneter  
**Harald Koch**  
(DIE LINKE.) Welche kurzfristigen Maßnahmen bzw. Soforthilfen wird die Bundesregierung zur Stärkung der vor dem Kollaps stehenden kommunalen Finanzen ergreifen bzw. in die Wege leiten, weil die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen erst im Herbst 2010 ein Konzept erarbeitet haben soll?
75. Abgeordneter  
**Harald Koch**  
(DIE LINKE.) Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass ein Teil der Steuerlasten auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt wird, wenn – wie in der Gemeindefinanzkommission geprüft werden soll – die Kommunen als Ersatz für einen möglichen Wegfall der Gewerbesteuer einen Zuschlag auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuerzahlungen ihrer Bürgerinnen und Bürger erheben dürfen (bitte begründen)?
76. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Hendricks**  
(SPD) Strebt die Bundesregierung ein gesetzliches Verbot von (ungedeckten) Leerverkäufen an?
77. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Hendricks**  
(SPD) Warum beurteilte die Bundesregierung, wenn sie ein Verbot von (ungedeckten) Leerverkäufen anstrebt, dann noch im Februar 2010 die Entscheidung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, diese Leerverkäufe wieder zuzulassen, als „sachgerecht“ (s. die Antwort auf meine Mündliche Frage an die Bundesregierung auf Plenarprotokoll 17/21, Anlage 29)?
78. Abgeordnete  
**Viola von Cramon-Taubadel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung, angesichts des Grundsatzbeschlusses der Euro-Gruppe vom 15. März 2010 über die technischen Einzelheiten einer Finanzhilfe für Griechenland, das aktuelle Sparziel Griechenlands für den im Jahr 2009 offiziell 6,605 Mrd. Euro starken griechischen Militärhaushalt für ausreichend, und wenn ja, wie begründet sie dies?\*)

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 88.

79. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung gegenüber den Forderungen des griechischen Regierungschefs Giorgos Papandreou, auf dem Europäischen Rat am 25./26. März 2010 ein klares Votum zu finanziellen Hilfen für Griechenland abzugeben, und welche auf der innereuropäischen Solidarität beruhenden Ideen wird die Bundesregierung zur Ausgestaltung dieser Finanzhilfen gegenüber den übrigen Staats- und Regierungschefs anbringen?
80. Abgeordneter  
**Dr. Gerhard Schick**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Verfügen derzeit deutsche Finanzbehörden über Daten aus dem Datenbestand der HSBC Private Bank Suisse, der – nach Medieninformationen über einen ehemaligen Mitarbeiter der Bank (Süddeutsche Zeitung vom 6. März 2010) – im Sommer 2009 in den Besitz der französischen Behörden gelangte?
81. Abgeordneter  
**Christian Lange**  
(Backnang)  
(SPD)
- Nach welchem Prinzip werden die Kosten, die der nordrhein-westfälischen Landesregierung durch den Ankauf der ihr angebotenen so genannten Steuer-sünder-CD angefallen sind, auf andere oder alle Bundesländer verteilt, und ist der Bundesregierung bekannt, ob sich Baden-Württemberg ebenfalls an den Kosten beteiligt?
82. Abgeordneter  
**Christian Lange**  
(Backnang)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob baden-württembergische Strafverfolgungsbehörden Beamte der Steuerverwaltung, wenn sie die Daten der so genannten Steuersünder-CD verwenden, strafrechtlich verfolgen werden?
83. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Löttsch**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung von der französischen Justiz Daten über deutsche Steuerhinterzieher kostenlos angefordert, die diese im Zusammenhang mit der Übergabe von Daten durch den ehemaligen Informatiker der HSBC-Bank H. F. erhalten hat, und wenn nein, warum nicht?
84. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Auf welchen Gesetzesnormen bzw. anderweitigen Normen beruht die Abführung eines pauschalen Einkommensteuerbetrags in Höhe von 10 Prozent der Prämiensumme in Fällen wie beim Ankauf der Daten über potenzielle Steuerhinterzieher durch das Land Nordrhein-Westfalen, und unter welchen Umständen unterliegt ein solcher Ankauf der Umsatz-

steuer mit welchem Steuersatz (bitte mit Angabe der Gesetznormen und der Fundstelle der entsprechenden Normen bzw. der Vereinbarung)?

85. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Bewertung der EU-Kommission zum Stabilitäts- und Konvergenzprogramm der Bundesrepublik Deutschland vom 17. März 2010 vor dem Hintergrund der Äußerung durch die EU-Kommission, dass der Konsolidierungspfad ab 2011 durch keinerlei konkrete Maßnahmen gestützt werde, und wie viel Spielraum für steuerliche Mindereinnahmen durch die Einführung eines Stufentarifs bei der Einkommensteuer sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund?
86. Abgeordnete  
**Lisa Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Pläne zur Änderung der Dienstwagenbesteuerung verfolgt die Bundesregierung (s. FOCUS vom 6. März 2010), und wie bewertet sie die Auswirkungen der geplanten Änderungen auf die Erreichbarkeit des von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzziels, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

87. Abgeordnete  
**Ute Koczy**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Zusage der Exportbürgschaft in Höhe von knapp 2,5 Mrd. Euro für Zulieferungen des Siemens-Konzerns für den Weiterbau des Atomkraftwerkes Angra 3 in Brasilien?\*)
88. Abgeordnete  
**Viola von Cramon-Taubadel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Zahlen des jüngsten Berichts des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI, nach denen Griechenland derzeit 35 Prozent seiner Rüstungsgüter von deutschen Unternehmen bezieht, und wird sie, wie dies der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, auf seiner Griechenlandreise am 2. Februar 2010 bereits getan hat, weiter für neue Rüstungsgeschäfte werben?\*\*)

\*) Siehe hierzu auch Frage 47.

\*\*) Siehe hierzu auch Frage 78.

89. Abgeordneter  
**Dr. Frithjof Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie groß war der Weltmarktanteil Deutschlands im Bereich Rüstungsexporte in den vergangenen fünf Jahren (bitte aufschlüsseln nach Jahreszahlen), und wie erklärt die Bundesregierung eventuelle Abweichungen zur neuen Erhebung des Friedensforschungsinstituts SIPRI?
90. Abgeordneter  
**Hans-Christian Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft zu, dass deutsche Unternehmen 2003 bis 2005 ohne Beanstandung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sogenannte Tetra-Technik sowie sensible Krypto-Technik an das sudanesishe Innenministerium lieferten (vgl. ARD-Sendung Monitor vom 14. Mai 2009), und welche Hinweise hat die Bundesregierung darauf, dass die Lieferungen durch den sudanesischen Geheimdienst in dessen Zentrale in Khartoum verwendet werden?
91. Abgeordneter  
**Dr. Hermann Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum fördert die Bundesregierung den Export deutscher Atomtechnologie nach Brasilien und nicht den Export deutscher Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien?
92. Abgeordneter  
**Hans-Josef Fell**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung die Pläne der polnischen Regierung, den Bau von Atomkraftwerken in Polen zuzulassen, und schließt die Bundesregierung generell deutsche oder europäische Finanzhilfen für polnische Atomkraftwerke aus?
93. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind jeweils die finanziellen Anfragen/Anträge für Hermes-Bürgschaften im Bereich der Atomtechnologie, die der Bundesregierung momentan vorliegen, und wann wird voraussichtlich darüber entschieden?
94. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Delegationsreisen hat der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie in dieser Wahlperiode durchgeführt, und wer gehörte zu den jeweiligen Delegationen?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

95. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen haben nach Auffassung der Bundesregierung die von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossenen Haushaltssperren in Höhe von 300 Mio. Euro bei den Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und in Höhe von 600 Mio. Euro bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit – unter Berücksichtigung der Szenarien der Bundesagentur für Arbeit – im schlimmsten Falle auf die einzelnen Träger der Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, und wann legt die Bundesregierung ein Konzept vor, mit dem die Aufhebung der Sperren veranlasst werden kann, um so diese Konsequenzen soweit wie möglich doch noch abzuwenden?
96. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung des § 421q des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) (Erweiterte Berufsorientierung) seit seiner Einführung, und beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Bilanz, den § 421q SGB III in identischer oder gegebenenfalls modifizierter Form über den 31. Dezember 2010 hinaus zu verlängern?
97. Abgeordnete  
**Anette Kramme**  
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu in den Medien zitierten Plänen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, noch im Mai 2010 die Liberalisierung des Arbeitsmarktes voranzutreiben und die Befristung von Arbeitsverträgen zu erleichtern, indem Unternehmen mehr Möglichkeiten eingeräumt werden, Arbeitsverträge zeitlich zu begrenzen, ohne dafür eine juristisch überprüfbare Begründung liefern zu müssen, und würde die Bundesregierung solche Schritte unabhängig von konkreten Plänen begrüßen, obwohl aktuelle Zahlen belegen, dass schon heute jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag befristet ist und sich die Wissenschaft in weiten Teilen darin einig zeigt, dass die damit verbundene Unsicherheit für die weitere Lebensplanung der Arbeitnehmer auch volkswirtschaftlich kontraproduktive Effekte zeigt, da insbesondere die überdurchschnittlich häufig betroffenen jüngeren Arbeitnehmer Konsumententscheidungen und Familienplanung zurückstellen und sich zudem die mit Befristungen meist verbundene geringere Motivation der Arbeitnehmer wiederum auf die Produktivität auswirkt?

98. Abgeordnete  
**Dr. Eva Högl**  
(SPD)
- Aus welchen Gründen lehnt die Bundesregierung die von der Europäischen Kommission für die neue Strategie „Europa 2020“ vorgeschlagene Reduzierung der Armutsrisikoquote als quantitatives Ziel in Europa ab, und wird die Bundesregierung dies auch beim Europäischen Rat am 25./26. März 2010 vertreten?
99. Abgeordnete  
**Dr. Eva Högl**  
(SPD)
- Welches sind die Gründe dafür, dass die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, als zuständiges Mitglied der Bundesregierung auf diversen Veranstaltungen zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung die Reduzierung und Verminderung von Armut als zentrales politisches Ziel herausstellt, aber im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz am 8. März 2010 dieses Ziel im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ abgelehnt hat?
100. Abgeordnete  
**Silvia Schmidt (Eisleben)**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung bei der Erstellung eines Nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention die Abstimmung mit den Ländern suchen, und in welchen Artikeln der Konvention sowie Ressortbereichen der Bundes- und Landesregierungen erkennt die Bundesregierung insbesondere großen Abstimmungsbedarf mit den Ländern?
101. Abgeordnete  
**Silvia Schmidt (Eisleben)**  
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Assistenz für Eltern mit Behinderung zur Erfüllung ihrer Erziehungspflichten als Leistungspflicht einzuführen bzw. klarzustellen, und wie wird die Bundesregierung insbesondere die Situation von Kindern mit psychisch kranken Eltern verbessern?
102. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Bis wann und zu welchen Konditionen wird die Bundesregierung das von ihr in Aussicht gestellte Gesetzgebungsverfahren zur Entfristung der freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung abschließen, um für die Betroffenen schnell Planungssicherheit herzustellen?



103. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Zahl der Personen entwickelt, die sich seit 2006 selbständig gemacht haben, bezogen auf die Herkunft aus Erwerbstätigkeit, dem Arbeitslosengeld-I-Bezug, dem Arbeitslosengeld-II-Bezug und möglichen anderen relevanten Bereichen, aus denen Menschen den Schritt in die Selbständigkeit machen (bitte die einzelnen Bereiche für einzelne Jahre aufschlüsseln), und plant die Bundesregierung, den Kreis der Selbständigen, die sich in der Arbeitslosenversicherung versichern können, über den derzeitigen Kreis hinaus zu erweitern?
104. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Solo-Selbständigen entwickelt, und wie hat sich seit Einführung der Hartz-Gesetze die Zahl der Selbständigen entwickelt, die aufstockende Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch beziehen (bitte jeweils Jahreszahlen aufführen)?
105. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Anzahl der Personen entwickelt, die aus der Erwerbstätigkeit, aus dem Bezug von ALG I und aus dem Bezug von ALG II (ALG = Arbeitslosengeld) eine Tätigkeit im Ausland aufgenommen haben, und wie viele davon fallen unter die Regelungen des § 28a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

106. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Tackmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche pflanzenartspezifischen Vorgaben zur guten fachlichen Praxis gemäß der Gentechnikpflanzenerzeugungsverordnung wird die Bundesregierung rechtzeitig vor dem Beginn des kommerziellen Anbaus der gerade neu zugelassenen gentechnisch veränderten Amflora-Kartoffel erlassen, und welche dieser Maßnahmen sind geeignet, die Schutzgüter gemäß § 1 des Gentechnikgesetzes vor negativen Auswirkungen des Amflora-Anbaus zu schützen?
107. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten Tackmann**  
(DIE LINKE.)
- Welche Chancen und Risiken sieht die Bundesregierung in der Zertifizierung der Bundesforstflächen nach FSC-Kriterien (FSC = Weltforstrat) vor dem Hintergrund, dass solche Überlegungen aktuell in

der CDU-FDP-Landesregierung in Hessen für die dortigen Landesforstflächen vorangetrieben werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

108. Abgeordneter  
**Burkhard  
Lischka**  
(SPD)
- Ist es zutreffend, dass – wie „DER SPIEGEL“ in seiner Ausgabe 11/2010 berichtet – im Bundesministerium der Verteidigung eine Abteilung oder eine andere Organisationsstruktur (Referat, Stabsstelle o. Ä.) eingerichtet worden ist oder sich in Planung befindet, die sich um das Ansehen des Bundesministers kümmern soll, und wenn ja, wie viele Mitarbeiter sind dort beschäftigt?
109. Abgeordneter  
**Burkhard  
Lischka**  
(SPD)
- Mit welchen Aufgaben sind diese Mitarbeiter ggf. beauftragt, und welche Kosten verursacht diese Organisationseinheit?
110. Abgeordneter  
**Hans-Christian  
Ströbele**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurden die Verhandlungen über nachhaltige Entschädigungen, die über die im Februar 2010 geleistete „Winterhilfe“ für die Opfer bzw. Hinterbliebenen des Bombardements von Kundus vom 4. September 2009, durch Hilfspakete an Nahrung und Decken hinaus gewährt werden sollen, und deren Abschluss seit über sechs Monaten immer wieder hinausgeschoben wird, etwa indem vereinbarte Termine kurzfristig abgesagt werden, und welches Bundesministerium ist für die Verhandlungen, Finanzierung, Abwicklung sowie eine etwaige Durchführung der einzelnen geplanten Projekte (laut Presse u. a. ein Waisenhaus, Milchviehfabrik) letztlich zuständig?
111. Abgeordneter  
**Dr. Frithjof  
Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Treffen Medienberichte (SPIEGEL ONLINE vom 18. März 2010) über eine „Gruppe 85“ oder entsprechende Initiativen im Bundesministerium der Verteidigung zu, die den COMISAF-Bericht zu den Vorfällen in Kundus „im deutschen Interesse beeinflussen“ sollten, und falls ja, warum hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung Christian Schmidt auf meine Mündliche Frage („Hat die Bundesregierung in irgendeiner Form Einfluss auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder den Inhalt des COM-ISAF-Berichtes

über die Vorfälle am 4. September 2009 am Kundus-Fluss genommen?“ – Bundestagsdrucksache 17/191, Frage 26) dies in seiner Antwort („Das Bundesministerium der Verteidigung hat von Anfang an großes Interesse an einer Sachverhaltsaufklärung durch COMISAF bekundet. Es hat sich erfolglos um die Herabstufung des durch die NATO eingestuften Berichtes bemüht“) nicht erwähnt und dem Parlament insofern die Wahrheit vorenthalten?

112. Abgeordnete  
**Ute  
Kumpf**  
(SPD)

Wie plant die Bundesregierung die konkrete Ausgestaltung der Verkürzung von Wehrpflicht und Zivildienst, die, wie mit dem offensichtlich mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht abgestimmten Vorstoß des Bundesministers der Verteidigung diese Woche angekündigt, anders als im Koalitionsvertrag festgelegt, nicht erst zum 1. Januar 2011, sondern für Zivildienstleistende schon zum 1. August 2010 in Kraft treten soll, um das von Caritas, Diakonie, Deutschem Rotem Kreuz und Paritätischem Wohlfahrtsverband übereinstimmend angedrohte Chaos in den Einsatzstellen zu verhindern, und durch welche Maßnahmen im Ausbau der Freiwilligendienste will die Bundesregierung Planungssicherheit und echte Alternativen für Einsatzstellen und Jugendliche schaffen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

113. Abgeordnete  
**Caren  
Marks**  
(SPD)

Welche Fragestellungen liegen den (von der Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 14 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/714 angekündigten) laufenden Untersuchungen der Qualifizierung sowie der wirtschaftlichen Situation von Tagespflegepersonen zugrunde, und in welcher Form werden diese Untersuchungsergebnisse dem Bundestag vorgelegt werden?

114. Abgeordnete  
**Caren  
Marks**  
(SPD)

Inwieweit sieht die Bundesregierung durch die mit der Pfl egeteilzeit angestrebte Verlagerung der Pflege in die Familien und der damit einhergehenden Privatisierung und Entsolidarisierung eine angemessene Lösung bezüglich der immer größer werdenden gesellschaftlichen Herausforderungen in der Pflege, und welche Lösungsvorschläge hat die Bundesregie-

rung bei der Konzeption einer Pfl egeteilzeit bezüglich der bekannten psychischen und physischen Überlastung pflegender Angehöriger?

115. Abgeordnete

**Katja  
Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes über den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu den Maßnahmen Bericht erstatten, die sie zur Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention getroffen hat, und ist eine Kenntnisnahme oder Befassung des Deutschen Bundestages geplant?\*)

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 73.



